

Pamela Axmann / Detlef Wittkuhn

DIE NEUE TAKTIK: LEHRER GEGEN KULTURWISSENSCHAFTLER

Ein Hamburger Kulturdrama

In einem Brief von Hamburgs Zweitem Bürgermeister Pawelczyk und Schulsenator Grolle vom 2. Dezember 1985 wird allen bereits verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern der staatlichen Schulen die Möglichkeit eröffnet, aus dem Schuldienst in Arbeitsfelder anderer Hamburger Behörden zu wechseln – wahlweise auf Dauer oder zeitlich begrenzt. Mit annähernd fünfzig Tätigkeitsfeldern aus

Bereichen wie Medienpädagogik, alternativer Jugend- und Sozialarbeit, Umweltschutz, Energiepolitik oder Friedensforschung wurde ein attraktives Angebot zusammengestellt, das sowohl Lehrern als auch der Öffentlichkeit die Inangriffnahme zum Teil neuer, gesellschaftlich relevanter Aufgaben verspricht.

Im Bereich der Kulturbehörde wird der Aufbau der stadtgeschichtlichen Abteilung im Helms-Museum oder der fotogeschichtlichen Abteilung im Museum für Kunst und Gewerbe offeriert, Lehrerinnen und Lehrer sollen künftig museumspädagogische Arbeit übernehmen, beim Aufbau des Museums der Arbeit mitwirken oder im Denkmalschutzamt die hamburgischen Baudenkmäler inventarisieren.

Ziel des Vorhabens ist der Abbau des errechneten Überhangs verbeamteter Lehrer: Für die Wechsler, die ihre Planstellen an die neuen Arbeitsplätze mitnehmen, ist an den Schulen kein Ersatz vorgesehen. Allein für den Kulturbereich haben sich im Laufe von zwei Monaten ca. 150 Interessenten gemeldet, die der Verlockung folgen, dem Schulalltag zu entfliehen und Hobbyinteressen oder in die Freizeit verlegte fachliche Weiterbildung nun berufsmäßig betreiben zu können.

In unmittelbarer Folge der Stellenverschiebung werden Neueinstellungen von Fachkräften überflüssig, freie Mitarbeiter, Zeitverträge, ABM-Stellen in Museen und Ämtern gestrichen; die durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnete Situation spitzt sich damit weiter zu.

Indessen werden Hochschulabsolventen der Kulturwissenschaften um die Möglichkeit betrogen, ihre Ausbildung durch Praxis gesellschaftlich anzubinden.

Zumal die im Schreiben ausgewiesenen »neuen Aufgabenbereiche« aus der Argumentation wissenschaftlicher Forschungsarbeit hervorgegangen sind und sich auf studentische Forderungen gründen, die Kluft zur Praxis zu überwinden und das Studium auf erweiterte Anwendungsbereiche zu orientieren, wie z. B. Medien, Arbeiterkultur und Museumspädagogik.

Der Verzicht auf gesellschaftliche Inanspruchnahme dieser Fächer höhlt Ausbildung und Kulturpraxis gleichermaßen aus.

Indem das Pawelczyk-Konzept das Lehrer-Staatsexamen und den Beamtenstatus als universelle Eignungsvoraussetzungen anerkennt, bestreitet es implizit die Notwendigkeit fachgerechter Ausbildung. Während Studentinnen und Studenten für eine Bewerbung als Hilfskraft grundlegende Kenntnisse nachweisen müssen, ABM-Stellen mit Magistern oder Promovierten der Kulturwissenschaften besetzt werden, sollen künftig mehr oder weniger interessierte Laien ohne fachliches Mindestwissen verantwortungsvolle Tätigkeiten übernehmen. Die in wissenschaftlichen Fächern erworbenen Fähigkeiten und Abschlüsse werden ad absurdum geführt, das Volontariat als Einweisung in die Praxis entwertet, in Museen und Ämtern fachspezifischer Anspruch und inhaltliches Niveau preisgegeben.

Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Kulturinstitutionen ist damit gefährdet. Während dieser Plan Hand in Hand mit allgemeinem Stellenabbau und Etatkürzungen öffentliche Kulturarbeit demontiert, werden private Kulturinitiativen gefördert und subventioniert.

Schließlich ist dieses Vorhaben auch in den Zusammenhang der Hochschulpolitik der letzten Jahre zu stellen. Denn die durch das Hochschulrahmengesetz festgeschriebene Zweiteilung des Studiums in unterschiedlich qualifizierende Abschlüsse erweist sich als notwendiger Vorgriff auf weitergehende staatliche Verfügungsansprüche. Der breiten Masse der Studierenden mit dem allgemein berufsqualifizierenden Magisterabschluß wird eine weiterführende berufliche Spezialisierung in der Praxis gänzlich verwehrt, während umgekehrt Praxis und Stellenangebot die hochschulpolitische Tendenz bestärken werden, die Einrichtung von Elitenbereichen für Forschung und Lehre voranzutreiben.

Und letztlich ist die weitreichende Ausdürrung aller Ideologiefächer einschließlich der Lehrerstudiengänge in Verbindung mit der einseitigen Kanalisierung der naturwissenschaftlich-technischen Fächer zu sehen.

Der Landesverband Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Arbeitskreis der Museumspädagogen e.V., der Fachbereichsrat Kulturgeschichte und Kulturkunde der Universität Hamburg und der Arbeitskreis Hamburger Bauhistoriker haben gegen diese Bestrebungen protestiert und die Lehrerinnen und Lehrer aufgefordert, sich nicht für Versetzungen zur Verfügung zu stellen.

Da die Übernahme dieses Modells auch von anderen Bundesländern zu erwarten ist und in Einzelfällen auch schon praktiziert wird, muß gemeinsam mit den Gewerkschaften den verlogenen Argumenten dieser Politik eine breite Kritik entgegengesetzt werden.

Die Tatsache, daß die Kulturwissenschaften keine staatlich positiv geplanten Fächer mehr sind, muß analysiert werden. Und es muß nach dem Anspruch gefragt werden, den eine Kultur- und Bildungspolitik noch behaupten kann, die diese Fächer aufgibt.

Universitäten, Museen, Denkmalschutzämter und andere betroffene öffentlichen Institutionen müssen selbstkritisch die Reflexion über ihren gesellschaftlichen Anspruch erneuern und die notwendige Zusammenarbeit unter dem Aspekt des Praxisbezuges verstärken.